



Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen – Berlin

Vorwort zu dieser Sonderausgabe:

Politische Argumentationshilfen für Erwerbsloseninitiativen

Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung hat der DGB auf gut 60 Seiten einen Atlas der Arbeit mit Daten und Fakten über Jobs, Einkommen und Beschäftigung herausgebracht.

Dieser soll als Grundlage für eine Debatte über die Zukunft der Arbeit dienen und kann sowohl bestellt als auch heruntergeladen und frei genutzt werden auf <http://www.dgb.de/atlas-der-arbeit>.

Wir nutzen diese Gelegenheit für eine Sonderausgabe unseres A-Infos, indem wir einige wesentliche Punkte aus Sicht von Erwerbslosen auswählen und kommentieren.

Da dies keine wissenschaftliche, sondern eine praxisorientierte Veröffentlichung ist, verzichten wir darauf, wörtliche Zitate als solche zu markieren; das Meiste wurde ohnehin nicht im Wortlaut übernommen, sondern gekürzt und paraphrasiert. *Stattdessen machen wir eigene Schlussfolgerungen und Kommentare durchursive Schrift kenntlich.* Seitenhinweise auf den „Atlas“ stehen in eckigen Klammern.

Wir danken dem DGB und der HBS für die Erlaubnis zur Nutzung sowie der Atlas-Manufaktur Bartz & Stockmar für die Grafiken.

Als weitere Informationsquelle wurde das HBS-Arbeitspapier „Struktur und Ausgleich des Arbeitsmarkts“ (Eichhorst / Stephan / Struck) vom Februar 2017 herangezogen: <http://tinyurl.com/ybs5y46s>.

Insgesamt stellt sich die Ausgangslage auf dem hiesigen Arbeitsmarkt wie folgt dar:

Ein erheblicher Teil der Beschäftigung ist nicht nur prekär, sondern gleich doppelt prekär: Nicht nur die Gefahr, den Job zu verlieren, ist hoch, sondern dann auch die Gefahr, keinen mehr zu finden!

Die Strategie der Agenda 2010, Massenarbeitslosigkeit einfach dadurch abzubauen, dass man den „Durchsatz“ (Zu- und Abgänge) auf dem Arbeitsmarkt erhöht, war also nur vordergründig von Erfolg gekrönt, geht aber an einer großen Minderheit der Arbeitsbevölkerung nicht bloß vorbei, sondern schlicht über sie hinweg. Insofern bilden die Erwerbslosen, besonders die Langzeiterwerbslosen,

Stopp
HARTZ IV
Es kann
JEDEN treffen

INHALT

- Sonderausgabe
„Atlas der Arbeit“
+ DGB-Kongress

eine Art Flexibilitätspuffer, welcher der Mehrheit der Erwerbstätigen Beschäftigungsstabilität ermöglicht.

Man könnte also nur leicht überspitzt sagen: Die Erwerbslosen tragen zu Wohlstand und Wachstum bei, indem sie erstens niemandem den Arbeitsplatz wegnehmen und zweitens verhindern, dass die Löhne „zu sehr“ steigen (Lohnstauung).

Das sogenannte deutsche Beschäftigungswunder wird durch Prekarität und Arbeitslosigkeit überhaupt erst ermöglicht! (Ungefähr so, wie vor der Einführung des Euros die Massenarbeitslosigkeit den Wert der Währung, die harte D-Mark, gewährleistet hatte – auf Kosten von Erwerbslosen, die sich noch dazu als Faulenzer und Sozialschmarotzer anschwärzen lassen mussten.)



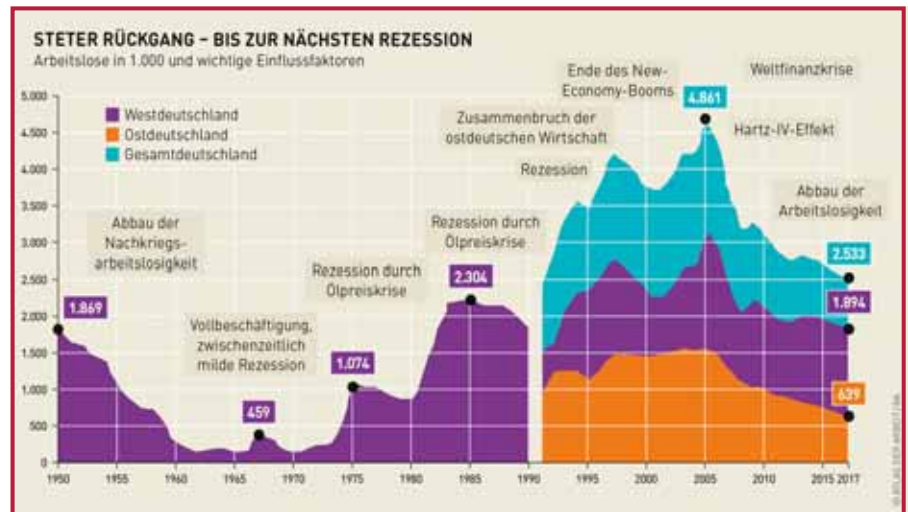
Status quo und Tendenzen in Deutschland

Normalarbeitsverhältnis und Niedriglohn in der Arbeitsgesellschaft

„Der“ Arbeitsmarkt ist in permanenter Bewegung. Offiziell arbeiten etwa drei Viertel der Menschen im erwerbsfähigen Alter (15-65), das sind mehr als 44 Mio. Personen (davon 32 Mio. in sozialversicherungspflichtigen Jobs). Ein Achtel hat einen Mini- oder einen Ein-Euro-Job, der Rest ist selbstständig oder mithelfende/r Familienangehörige/r. Jahr für Jahr werden bis zu 10 Mio. Arbeitsverhältnisse beendet und neue begründet, und jährlich werden etwa 2,5 Mio. Beschäftigte arbeitslos – aber ungefähr ebenso viele finden einen neuen Job. [12]

Das aber reicht natürlich nicht, um den „verhärteten“ Bestand an Langzeitarbeitslosen nachhaltig abzubauen. Egal, ob man diese Prozesse als dynamisch oder als chaotisch bezeichnen mag: Erwerbstätigkeit ist schon lange kein Garant für soziale Sicherheit mehr. Nicht nur Alter, Krankheit, „Invalidität“ und Arbeitslosigkeit sind Problemlagen, denen verschiedene Zweige der Sozialversicherung entsprechen, sondern manche/r ist arm trotz (oder sogar wegen?) Arbeit. Daher wird die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens jenseits der Sozialversicherung immer populärer [56f]. (Dazu unsere Kritik auf <http://tinyurl.com/y9gktz7g>)

Dazu kommt eine stark polarisierte Lohnstruktur [14]: Von 1995-2015 konnten nur die oberen 60% der Beschäftigten Einkommenszuwächse zwischen 1 und 10% erzielen, die unteren 40% mussten Reallohnver-



ste in Kauf nehmen. Und das bei z.T. stark steigenden Mieten! Der Mindestlohn als untere Auffanglinie kann Erwerbsarmut nicht verhindern, dazu müsste er stärker steigen als die Tariflöhne.

Nicht nur die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, sondern parallel dazu auch der Niedriglohnsektor: In Deutschland ist er größer als in allen anderen westeuropäischen Staaten (1,2 Mio. Beschäftigte müssen sogar mit Hartz IV „aufstocken“). Den Preis für die Exportweltmeisterschaft zahlt somit rund die Hälfte der Erwerbspersonen, die gewerkschaftlich zunehmend schwieriger zu organisieren sind: Von 40 Mio. Arbeitnehmer/innen sind nur noch knapp 6 Mio. Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft.

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis ist zwar immer noch die Norm, aber nicht mehr der Normal-

fall; tendenziell wird gerade die „atypische“ Arbeit typisch (besonders im Norden und im Westen der Republik) [20f]. Zudem besteht ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle bei den Arbeitslosenquoten (zwischen 3,2 und 10,1%).

Die Prekarisierung des (noch) kleineren Teils des Arbeitsmarkts hat auch eine Prekarisierung der Arbeitslosigkeit zur Folge: Die Arbeitslosenversicherung kann ihre originäre Aufgabe, Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt durch soziale Sicherung zu unterstützen, kaum mehr erfüllen. Nur ein Drittel aller Erwerbslosen bekommt überhaupt noch das reguläre Arbeitslosengeld (Alg) I, zwei Drittel müssen – mehr schlecht als recht – vom Alg II leben. Das schlägt natürlich auf die Rente durch: Für eine gute Alterssicherung wäre eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt notwendig [28f]. Und bei all dem gibt es keinen Missstand, von dem Frauen nicht stärker betroffen sind als Männer [30ff]. Gender time gap, care gap, pay gap, pension gap: Fast jede zweite Frau, aber nur jeder zehnte Mann, arbeitet in Teilzeit und wird mehr als 20% schlechter bezahlt. „Dafür“ wenden Frauen doppelt so viel Zeit für unbezahlte Haus- und Familienarbeit auf und bekommen entsprechend nur etwas mehr als halb so viel Rente wie Männer. Besonders hart trifft es 1,6 Mio. Alleinerziehende (11% Väter, 89% Mütter).Zwar wird zunehmend



Care-Arbeit, besonders Reinigung und Pflegedienste, in bezahlte Jobs umgewandelt [54f] – aber kosten soll sie natürlich so wenig wie irgend möglich. Trotzdem können sich die meisten Normalverdiener-Haushalte, wenn sie schon kaum die Miete aufbringen, nicht auch noch eine Haushaltshilfe, Kinderbetreuung oder gar Pflegekraft leisten.

Und wem gehört die (Arbeits-)Zeit?

Die einen haben zu viel, die anderen zu wenig, die Dritten vielleicht gar keine Erwerbsarbeit. Und die, die welche haben, machen jetzt schon mehr unbezahlte als bezahlte Überstunden! [13]

Soweit sie überhaupt erfasst wird, liegt die reale Wochenarbeitszeit im Durchschnitt bei 41,7 Wochenstunden (Vollzeit) bzw. 19,8 Wochenstunden (Teilzeit), wobei die männliche Vollzeit sogar noch etwas höher liegt. [25]

2016 wurden in Deutschland 1,8 Mrd. Stunden „über Plan“ gearbeitet, das sind nach Adam Riese 45 Mio. 40-Stunden-Wochen. Rechnerisch könnten dafür ungefähr 1 Mio. Erwerbslose eingestellt werden, oder entsprechend weniger, wenn zunächst diejenigen Beschäftigten Stunden aufstocken könnten, die in ungewollter Teilzeit arbeiten. Hinzu kommt, dass eine Mio. Vollzeitbeschäftigte gerne auf eine Dreiviertelstelle wechseln würden, sogar wenn das Arbeitsentgelt entsprechend sinken würde. [24]

„Entsprechend“ heißt zunächst, dass der Stundenlohn gleich bleiben, „nur“ der Monatslohn abnehmen würde – was natürlich nur außerhalb des Niedriglohnssektors (s.o.) überhaupt vorstellbar ist. Aber eine solche relative Verknappung des Arbeitskräfte-Angebots würde in der Tendenz



dazu führen, dass auch die Stundenlöhne mit der Zeit steigen, deswegen scheut die Arbeitgeber-Seite solche Szenarien wie der Teufel das Weihwasser.

Aus Sicht der Arbeitnehmer/innen ist es wünschenswert, Überstunden abzubauen und diese entweder auf Erwerbslose oder auf Teilzeitbeschäftigte, die mehr arbeiten wollen, zu verteilen. Zudem wäre eine Arbeitszeitverkürzung, für manche sogar ohne Lohnausgleich, für die meisten jedoch sicherlich nur mit Lohnausgleich, erstrebenswert. Wie bei den Überstunden ließen sich dann diese frei werdenden Arbeitsstunden sowohl auf Erwerbslose als auch auf Teilzeitbeschäftigte, die sich eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit wünschen, verteilen. Wie radikal diese Verkürzung der Arbeitszeit ausfallen müsste, um alle Arbeitnehmer/innen und Erwerbslose zufrieden zu stellen, ist nicht nur eine rechnerische Frage, sondern eine der Kräfteverhältnisse.

Arbeitszeitfragen werden auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie unterschiedlicher Lebensphasen (Stichwort altersgerechtes Arbeiten) immer wichtiger. Noch brisanter wird die Problematik der Zeitverteilung, wenn mit Weiterbildung und lebenslangem Lernen endlich Ernst gemacht würde! [18]

Die Digitalisierung der Arbeit (s.u.) scheint genau dies zu erfordern, verwischt aber gleichzeitig die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben; diese Entgrenzung der Arbeit [25] verursacht jetzt schon genug Stress. Wenn dann auch noch permanente Weiterbildung dazwischen geschoben werden soll, dann sind Konflikte vorprogrammiert: Wann soll Qualifizierung stattfinden, und wer bezahlt sie schließlich? Abendschule geht nun einmal nicht, wenn man keinen Feierabend hat!

Und dabei ist die nächste Finanzkrise im real existierenden Kapitalismus nur eine Frage der Zeit [33]. Die viel gelobten Scheinerfolge der Agenda 2010 basieren erstens darauf, dass die Finanzkrise in Deutschland als Konjunkturprogramm gemanagt wurde. (Interessanterweise fiel die Zahl der Grundsicherungsempfänger/innen während der Krise deutlich und stieg erst danach wieder an.) Zweitens und vor allem aber wirkten die Hartz-Reformen wie eine Arbeitszeitverkürzung „durch die kalte Küche“: Sie führten nicht nur zu nicht existenzsichernden Vollzeit-, sondern zu mehr Halbtags-Jobs, die wiederum mehr „Platz“ für unbezahlte Überstunden lassen. Auf eine Formel gebracht: Hartz IV schaffte nicht mehr Arbeit, sondern Mehrarbeit ...

Dieses A-Info wurde gefördert von der

**Hans Böckler
Stiftung**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Horst Schmitthener (Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin)

Text: Kurt Nikolaus, Heike Wagner

Grafiken: Bartz/Stockmar CC BY 4.0

Entwurf, Gestaltung, Satz, Druck + Verarbeitung: druck-kooperative lage (Print und Medien Service)

Zukunft der Arbeit

Digitalisierung, Demografie und Migration

Der viel beschworene demografische Wandel „läuft“ bereits seit mehr als 100 Jahren und war nie ein Problem, so lange die Produktivitätssteigerung damit Schritt hielt; und dass die Altersstruktur keine Pyramide mehr darstellt, wäre (altersgerechtes Arbeiten vorausgesetzt) eigentlich sogar ein Vorbild für den Rest der Welt: Wenn Geburts- und Sterberaten, die Anzahl der Jungen und die der Alten, zum Gleichgewicht tendieren, wächst die Welt(über)bevölkerung nicht mehr weiter.

In dem Maße, wie die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, geht auch das Arbeitsangebot zurück. Wenn die Nachfrage gleich bleibt oder steigt, müssten also, rein marktwirtschaftlich betrachtet, die Preise (hier = Löhne) steigen; davon könnte dann sogar eine Grundrente gegen Altersarmut finanziert werden.

Aber das ist natürlich nicht im Sinne der Kapitalverwertungs-Logik. Die Arbeit von Menschen wird immer nur so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich eingesetzt. Maschinen sind billiger, und daher soll der anstehende Strukturwandel durch Digitalisierung wohl eher als klassische (überhaupt nicht „smarte“ und moderne) Rationalisierung umgesetzt werden. Die neuen Techniken können sowohl den Produktionssektor als auch den Dienstleistungsbereich umkrepeln [34f]. Ob wirklich 490.000 Arbeitsplätze wegfallen und 430.000 neue entstehen, lässt sich kaum vorhersagen, aber darauf kommt es überhaupt nicht an: Die Auswirkungen des Transformationsprozesses sind wichtiger als das, was am Ende dabei herauskommen mag. Und das ist keine Frage der technischen Entwicklung, sondern der politischen Gestaltung.

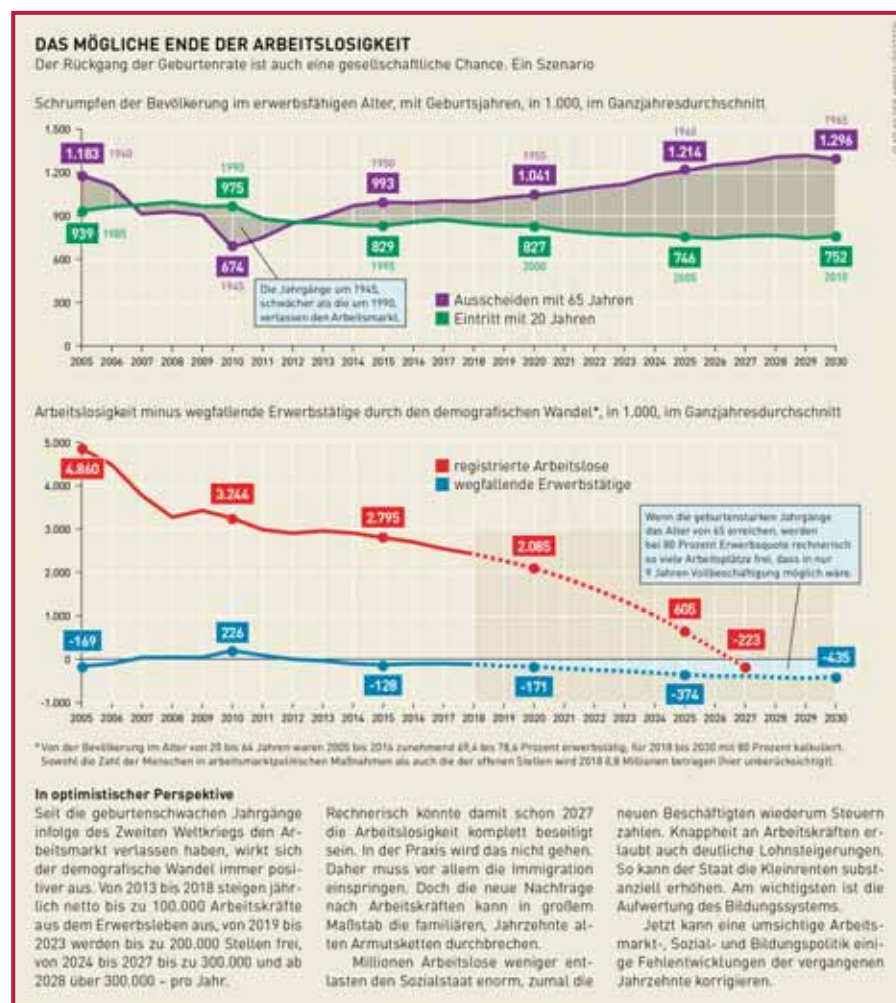
Klar ist jetzt schon: Quantitativ werden Arbeitsplätze entfallen und welche geschaffen. Qualitativ wird es sowohl Ab- als auch Aufwertung von Arbeit geben. Und kaum jemand ist davor gefeit, aber niemand kann voraussehen, ob er/sie auf der Gewinner- oder der Verliererseite stehen wird. (Das gilt übrigens sowohl für die Unternehmer/innen als auch die Arbeitskräfte.) Auf die jeweils individuelle Perspektive kommt es aber gerade an, und die ist vor allem eins – völlig unklar; noch dazu unter den Rahmenbedingungen eines neoliberal-aktivierenden Sozialstaats, insbesondere einer „kastrierten“ Arbeitslosenversicherung.

Sozialpsychologisch überwiegt bereits jetzt die Angst vor dem Abstieg über die Hoffnung auf Aufstieg. Wenn der Sozialstaat nicht wieder hergestellt und erneuert wird, entlarvt sich die Leistungsgesellschaft bald nur noch als Märchen, und die demografischen Zuwanderungs-Szenarien werden dann zwangsläufig als Drohungen wahrgenommen. Daher gilt: Entweder den Sozialstaat erneuern, oder den Rechtspopulismus befeuern!

Vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist es alles in allem, sowohl Spaltungen zu verhindern als auch Solidarität zu organisieren, d.h. den Konkurrenzdruck nicht durch Ausgrenzungen, sondern durch kollektiven Widerstand zu mindern. (Siehe dazu auch unsere „Leitbild-Leitlinien“ der letzten KOS-Arbeitstagung im Mai 2018 unter <http://www.erwerbslos.de/aktivitaeten/665-kos-arbeitstagung-2018>)

Mit dem Referententwurf eines 10. Gesetzes zur Änderung des SGB II, Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt, werden wir uns im nächsten A-Info ausführlich beschäftigen.

Das Gesetzgebungsverfahren dazu wird ohnehin erst im September beginnen und soll im November inhaltlich abgeschlossen sein. Der für uns entscheidende „Knackpunkt“ ist aber jetzt schon klar, nämlich die mangelnde Tarifbindung der geplanten Instrumente!



Europa und der Rest der Welt:

Ein Blick über den Tellerrand



Europäische Union

Und wie sieht es jenseits der Grenzen aus? Deutschland ist wirtschaftlich stark, aber nicht autark (war es nie), und auch politisch kann es auf Dauer nur noch auf europäischen, nicht mehr auf nationalen Beinen stehen. Um so dramatischer, dass in der EU ein Sechstel aller unter 35-Jährigen praktisch „in der Luft hängt“. Trotz des noch relativ wenig genutzten Grundrechts auf Freizügigkeit gibt es in der EU weder eine Mindestsicherung noch eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, ein geordneter Arbeitsmarkt wird (so lange die EU kaum mehr ist als die Summe ihrer Mitgliedsstaaten) eher ausgehöhlt als aufgebaut. Ob die neue „Säule sozia-

ler Rechte“ vom November 2017 da mehr ist als ein Placebo, muss sich erst noch zeigen (20 Punkte in deutscher Sprache zu finden auf <http://tinyurl.com/yb7ydh7r>.)

Die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz zieht nach wie vor Arbeitssuchende von der „neuen“ in die „alte“ EU. Viele Länder, die im Rahmen der Osterweiterung beitraten, leiden inzwischen nicht mehr unter Arbeitslosigkeit, sondern unter Arbeitskräftemangel [38f]. In Deutschland arbeiten zur Zeit 2,3 Mio. Menschen aus anderen EU-Ländern; bisher zog es die meisten nach Großbritannien, der Brexit wird das aber voraussichtlich ändern. Und Frankreich versucht gerade, zu Deutschland „aufzu-

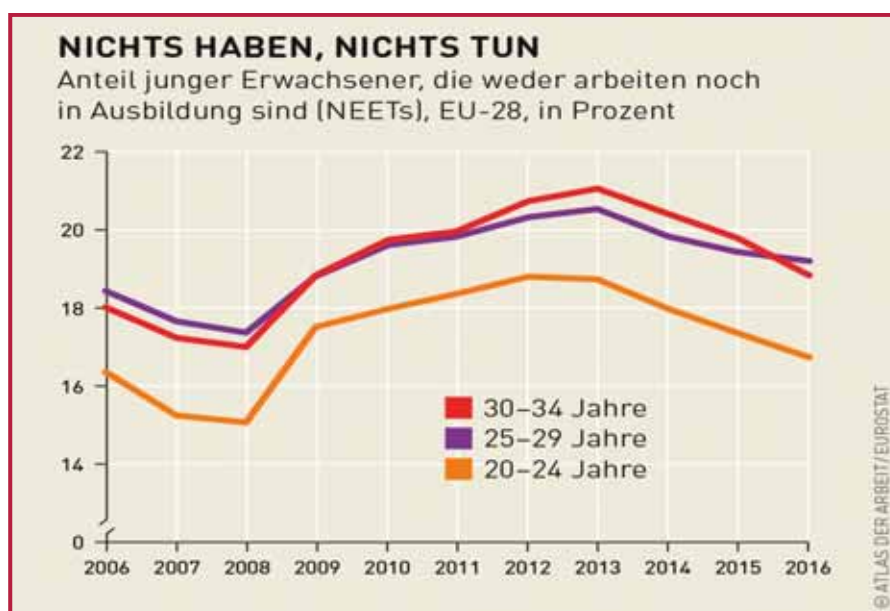
schließen“, indem es die gleiche unsoziale Politik (Agenda 2010) verfolgt ... und Österreich ebenso.

Wie die Wiedervereinigung Deutschlands beweist, folgt aus einer Wirtschafts- und Währungsunion nicht automatisch die Sozialunion; im Gegenteil! Doch mindestens seit dem Mauerfall wird aus der Perspektive der abhängig Beschäftigten das europäische Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Insbesondere die Osterweiterung als bloß gemeinsamen Markt aufzufassen, rächt sich jetzt bitter am anderen, westlichen Ende der EU (Brexit). Die neoliberale Deregulierungsgemeinschaft droht auseinanderzufallen. Freizügigkeit, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit müssen aber mehr sein als bloß Mittel zu ökonomischen Zwecken. Was der EU fehlt, ist ein genuin politisches Konzept als Ausdruck kultureller Werte, wie Frieden, Freiheit und durchaus auch Wohlstand, für Alle und nicht nur für Wenige. Dazu gehört ganz zentral auch soziale Sicherheit. „Wettbewerbsfähigkeit“ ist dafür kein Maßstab.

Globalisierung, Rolle rückwärts

Weltweit ist Asien als Wirtschaftsmacht auf dem Vormarsch, quasi zurück zu einer Rolle, die es um 1750 schon einmal hatte, als China und Indien für rund ein Viertel der globalen wirtschaftlichen Aktivitäten verantwortlich waren. [48f]. Es stellt sich die Frage, ob eine exportorientierte, industriegestützte Entwicklung langfristig aufrecht zu erhalten ist – die Digitalisierung könnte Indien und China besonders hart treffen, das Modell der „nachholenden Modernisierung“ bald ausgedient haben. (Ökologisch war es ohnehin nicht tragbar.)

Ein großer Teil des weltweiten Arbeitsmarkts ist nicht nur prekär, sondern informell, d.h. also völlig rechtlos, bis hin zur Sklavenarbeit. Auf der ganzen Welt sind 1,4 Mrd. Menschen prekär oder informell beschäftigt [36f], davon geschätzt 40 Mio. (meist Frauen und Kinder) moderne Sklaven [52f]. Ungefähr 770 Mio. Menschen „haben“ zwar Arbeit, können davon aber nur unterhalb der Armutsgrenze leben. Nur ein Drittel der Weltbevölkerung ist durch den Staat sozial abgesichert.



Parlament der Arbeit

DGB-Beschlüsse zu guter zukünftiger Arbeit

Vom 13.-17. Mai tagte in Berlin der 21. Ordentliche DGB-Bundeskongress (Infos dazu auf <http://tinyurl.com/ybtja7dq>, oder direkt zur Beschlusslage: <http://bundeskongress.dgb.de/antraege>).

Für Erwerbslose von zentraler Bedeutung sind die Leitanträge A001 (Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa) und B001 (Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit), die hier zusammen dargestellt werden.

Beide Leitanträge überschneiden sich in den Kernaussagen stark mit B033 (Soziale Sicherheit und soziale Dimension Europas), wo sich auch mehr Details zur Sozialversicherung finden; aber die grundlegende Neuermittlung der Hartz-IV-Regelbedarfe wird ebenfalls nicht vergessen.

Am Anfang steht die Erkenntnis: „Der Niedriglohnsektor höhlt die Fundamente der sozialen Sicherung aus“; und das Tarifsystem gleich mit. Zitat aus A001:

„Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Rekordbeschäftigungszahlen auf dem Arbeitsmarkt beurteilt zwar die Mehrheit in Deutschland ihre objektive wirtschaft-

liche Lage und ihre persönliche Lebenssituation positiv. Gleichzeitig machen sich aber bis in die Mitte der Gesellschaft hinein subjektive Abstiegsängste und Zukunftssorgen für sich und die eigenen Kinder breit. Hinzu kommt das Empfinden, dass es sozial ungerecht zugeht oder dass die eigene Leistung nichts mehr zählt und die Menschen auf sich alleine gestellt sind.

... Teile der Bevölkerung nehmen offene Grenzen, Zuwanderung und zunehmende gesellschaftliche Vielfalt als Kontrollverlust des (National-) Staates durch Globalisierung und europäische Integration wahr. In der Arbeitswelt fühlen sich viele Erwerbstätige fremdbestimmt und von „der Politik“ fühlen sich Teile der Bevölkerung immer weniger vertreten.“

Daher will der DGB „Sorgen und Ängste der Menschen vor Arbeitsplatzverlust, Überforderung oder sozialem Abstieg“ aufgreifen und für „sichere Lebensperspektiven“ streiten, damit sie „ihr Leben verlässlich und selbstbestimmt planen“ können. Nicht nur im Arbeitsleben wollen die Gewerkschaften Mitglieder gewin-

nen, sondern diese langfristig binden: „in Zeiten des Berufswechsels oder der Elternzeit, auch wenn sie in Ausbildung oder Studium, auf Arbeitssuche oder im Ruhestand sind“.

Die soziale Sicherung ist dringend so zu reformieren, dass „erwerbsbiografische Brüche, Wechsel und berufliche Übergänge“ sozial abgesichert werden.

Kurz, die DGB-Gewerkschaften wollen „eine nachhaltige soziale Sicherung aller Erwerbstätigen und Erwerbslosen“. Es ist sogar von Ausbeutung, von Gegenmacht und Umverteilung die Rede, aber auch von „Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe“. Festzuhalten ist jedenfalls, dass wir für die digitale Modernisierung einen handlungsfähigen Staat brauchen (C001, C003) und keine Schuldenbremse.

Außerdem: Auch die Gewerkschafterinnen im DGB-Bundesfrauenausschuss sehen Arbeitszeitpolitik zukünftig als Verteilungspolitik (B006). Nach dem Mindestlohn, der erhöht werden soll (B017), steht nun eine Mindestausbildungsvergütung an (B024).

Fazit ist eine **Politik der Ermöglichung**, die alle Menschen **an guter Erwerbsarbeit teilhaben** lässt und die persönliche Entwicklung fördert. Zur Arbeit 4.0 gehören unbedingt der Sozialstaat 4.0 sowie eine entsprechende Arbeitsgesellschaft 4.0.

Vielleicht hat der „Sozialstaat 4.0“ gar nicht viel mit der Digitalisierung zu tun, aber eine Diskussion über seine mögliche Ausgestaltung eröffnet die Chance, Reformen voranzubringen, die ohnehin sinnvoll und nötig wären.

Der DGB will zu dem Themenkomplex rund um die Teilhabe an guter Erwerbsarbeit einen gesellschaftspolitischen Zukunftsdialog anstoßen.

Doch könnte es auch Teilhabe jenseits von Erwerbsarbeit geben? Sicher, aber der gute Schuster bleibt – gerade als Gewerkschafter – besser bei seinen Leisten!



Elke Hannack, stellvertr. Vorsitzende sowohl des DGB als auch des Fördervereins, am Stand der KOS



Hinweis: Das nächste A-Info (Nr. 188) erscheint voraussichtlich im September 2018. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 25.06.2018.